

Kurzreferat auf der LMV der DKP Saarland am 24.07.22:

Zu einigen Eckpunkten und Problemen des sozial-ökologischen Umbaus im Saarland

Fred Herger, stellv. Bezirksvorsitzender

Im Referat auf der BDK im März 2022 in Ludweiler war formuliert: „Der sozialökonomische Umbau ist nicht nur global zu einer Überlebensfrage geworden. Er ist zu einer Überlebensfrage für die Arbeits- und Lebenssituation der Menschen im Saarland geworden.“

All zulange wurde auf Produktion und Produkte gesetzt, die aus ökologischen Gründen nicht zukunftsfähig sind (fossile Stromerzeugung, Autoproduktion). Der einseitige sozial und ökologisch fragwürdige Ausbau der Elektro-Mobilität wird diese Abhängigkeit nicht beseitigen. An der Eisenverhüttung mit Hilfe von Wasserstoff führt kein Weg vorbei, wenn die Stahlarbeitsplätze gesichert werden sollen. Die Frage spitzt sich zu: Wie schnell kann genügend Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, um den riesigen Energiebedarf für den sozial-ökologischen Umbau zu decken. Die aktuelle Kriegs- und Sanktionspolitik wirft uns in dieser überlebenswichtigen Frage, der Herstellung von „grünem Strom“, um Jahrzehnte zurück.“

1. Auto und Verkehr

Mit den Umbrüchen in der Industrie, der Krise bei Ford, steht das Saarland vor riesigen Herausforderungen. Dramatisch zeigt sich, wie die einseitige Abhängigkeit von der Automobilindustrie zum sozialen Problem Nr. 1 im Saarland wird. 6000 Arbeitsplätze und mehr sind unmittelbar bedroht.

Die Monostruktur „Kohle und Eisen“ prägte über viele Jahrzehnte die einseitige Entwicklung der Produktivkräfte einschließlich der Arbeitskräfte. Die dominierende Montanindustrie hemmte und verhinderte teilweise die Ansiedlung anderer Produktionszweige und die Lohnkonkurrenz. Das verfestigte auch den Lohnrückstand im Saarland gegenüber dem Bund über viele Jahre.

Die Ansiedlung des Fordwerkes Anfang der siebziger Jahre wurde mit großer Prominenz aus Bund und Land als Erfolg und mit dem Zulieferpark gar als Modell gefeiert. Es sollte darüber hinwegtäuschen, dass eine alte Monostruktur durch eine neue ersetzt wurde und das Saarland zur „verlängerten Werkbank“ eines großen Konzerns wurde.

Nun hat die Ford-Zentrale kein Interesse mehr am Standort Saarlouis. Das hat der Europa-Verantwortliche des Konzerns bei der Anhörung im saarländischen Landtag kaltschnäuzig erkennen lassen. Gewerkschaftsmitglieder in diesem Ausschuss sprachen von einem „historischen Skandal“ in der Landtagsgeschichte. Jahrlang wurden Profite gezogen und die Belegschaften ausgepresst. Es ist das Ende von Ford Saarlouis; auch wenn der Betriebsrat das noch nicht ausspricht, weil er zurecht versucht, sein Verhandlungspotential möglichst auszuschöpfen.

Das Werksgelände in Saarlouis ist ein Sahnestückchen für eine Neuansiedlung. Das Kaufangebot der Landesregierung hat das Ford-Management zurückgewiesen. Es hofft wohl auf einen lukrativeren Käufer oder will aus dem Grund und Boden über längere Zeit die Grundrente beziehen.

Wir fordern deshalb:

- Übergabe des Geländes an das Saarland, d.h. Enteignung unter Anwendung der Artikel 51 und 52 der Saarländischen Landesverfassung.

- Bei einem evt. Kaufpreis müssen die Ansiedlungssubventionen und Standortförderungen verrechnet werden.

Am Beispiel Ford Saarlouis überlagern sich die Krisen: die weltweite Überproduktionskrise in der Autoindustrie, die Strukturkrise des Saarlandes und die aktuellen Herausforderung des Klimaschutzes und einer CO₂-freien Mobilität. Der Ausbau des Elektro-Individualverkehrs ist ein Verwertungsmodell für das Kapital aber keine Lösung. Im Gegensatz dazu brauchen wir den Ausbau des ÖPNV und preiswerte Nutzungsentgelte bis hin zum kostenlosen ÖPNV für die arbeitenden und arbeitslosen Menschen, für die Rentnerinnen und Rentner, für Schüler, Auszubildene und Studierende.

2. Erneuerbare Energien

Grüner Strom ist elementar für Stahlerzeugung, Maschinenbau und Chemieindustrie.

Das Saarland war jahrzehntelang mit seinen Kohlekraftwerken ein Energieexporteur.

Mit den Grubenschießungen und dem zunehmenden Einsatz von Importkohle und dem Runterfahren von Kraftwerken wurde die Energieerzeugung zurückgefahren.

Betrachtet man die Arbeitskräftebilanz, so ist klar, dass die tausenden Arbeitskräfte in den Kohlekraftwerken und der Kohleverstromung nicht durch neue Arbeitsplätze im Bereich der neuen Energien ersetzt wurden. Die Produktion der Anlagen selbst erfolgt ebenfalls nur zu einem Teil im eigenen Land. Dennoch hat die Entwicklung auch neue Produktionsbetriebe und Dienstleistungsunternehmen und auch neue Aufträge für Betriebe ins Land gebracht.

Der Anteil an erneuerbaren Energien durch Windkraft und Sonnenenergie wurde im Zeitraum von 2013 bis 2020 zwar kontinuierlich ausgebaut, hat aber mit 4,6 Prozent am Primärenergieverbrauch einen immensen Nachholbedarf gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Bei der Stromerzeugung liegt der Anteil bei knapp 20 % mit ebenfalls erheblichen Rückstand gegenüber dem Bund. Die neue Landesregierung will diesen Anteil bis zum Jahr 2030 auf 40 Prozent steigern. Im Jahr 2021 erfolgte allerdings sogar ein Rückgang der Erneuerbaren um 9,2 %. Hintergrund ist, dass der Ausbau der Windparks aus mehreren Gründen ins Stocken geraten ist: Kommunen, die verantwortlich sind, zögern in ihren Entscheidungen, Bürger protestieren teilweise aus Naturschutzbedenken teilweise nach dem Sankt--Florians-Prinzip dagegen. Tatsache ist, dass die Siedlungsstruktur im Saarland und die Bevölkerungsdichte dem Ausbau von Windkraftanlagen Grenzen setzt, die aber noch nicht erreicht sind.

In einem alternativen Energiekonzept sind folgende Eckpunkte wichtig:

1. Dezentrale Energie- und Wärmeversorgung, die in einem demokratischen Prozess mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufgebaut werden. Das wäre Aufgabe von Stadtwerken, die noch zu wenig in diesem Bereich aktiv sind. Im Saarland gibt es einige Bürger-Energie-Genossenschaften, die diesen Ansatz verfolgen.
2. Gesamtgesellschaftliche Energieplanung insbesondere zum Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten.
3. Strom und Wärme müssen erschwinglich sein. Die CO₂-Bepreisung belastet insbesondere die „kleinen Haushalte“ und ist damit kein soziales Steuerungsinstrument.

In der aktuellen Situation muss ein Energiepreisstopp her und die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand.

3. Digitalisierung

Hier nur einige kurze Ausführungen: Die Digitalisierung ist ein Prozess, der die Produktionsmittel, die Arbeitsteilung und die menschliche Arbeitskraft und den Alltag der Menschen in beschleunigtem Tempo durchdringt: Automatisierung im Betrieb, Computer im Büro und Privathaushalt, das Internet als erweiterte Stufe, Industrieroboter, hoch komplexe menschenleere Fertigungsstraßen, Netzwerke vieler Art, die virtuelle Welt usw..

Nachholbedarf in der Digitalisierung gibt es insbesondere bei der Öffentlichen Hand. Die Coronapandemie hat die Defizite im Gesundheitswesen, bei den Gesundheitsämtern, deutlich gemacht. Auch Schulen haben Bedarf. Immer ist darauf zu achten, dass in allen Bereichen der Daseinsvorsorge dabei nicht Personal abgebaut wird.

Die Unternehmen nutzen die Digitalisierung wie in früheren Phasen der Automatisierung als Instrument der Rationalisierung, indem die menschliche Arbeitskraft ersetzt wird. Gerade für das Saarland ergeben sich große Risiken. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit können über 38 Prozent der menschlichen Arbeit von Computern und Maschinen übernommen werden. Die Konzerne werden dieses Potential nicht ungenutzt lassen.

Auch in diesen Prozess müssen die Beschäftigten und die Gewerkschaften ausgehend von ihren Interessen eingreifen und ihn gegen die Kapitalinteressen steuern.

Fazit: Der sozial-ökologische Umbau ist keine rein wirtschaftliche oder technologische Umstrukturierung – darauf reduzieren es die Kapitalbesitzer gerne und haben ihre Profite im Auge - er ist ein umfassenderer gesellschaftlicher Prozess, der die Grenzen des Kapitalismus aufzeigt. Er benötigt die Arbeiterklasse mit all ihren Schichten bis hin zur bürgerlichen Intelligenz und die Wissenschaften. Die Gewerkschaften positionieren sich in dieser Auseinandersetzung für alle arbeitenden Menschen mit ihren Losungen „Gute Arbeit“ und „gutes Leben“, die sie mit konkreten Forderungen unterlegen. Sie verlangen wie wir Transformationsräte mit dem Ziel, den Umbau unter demokratischer und gesellschaftlicher Kontrolle zu gestalten.

Die Gewerkschaften sind gerade dabei, eine Offensive für mehr Mitbestimmung zu starten, die auch in die Verfügungsgewalt des Kapitals eingreift. Die Demokratiefrage in der Wirtschaft steht auf der Tagesordnung - gerade durch solche Entwicklungen wie bei Ford.

Aus Zeitgründen sei auf unsere Forderungen im Antrag zur Landespolitik und in unserer Erklärung zu Ford verwiesen.